



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit eine Grundgesetzänderung beschlossen.

Diese ist unter anderem für eine Mitfinanzierung der Schulen durch den Bund nötig.

Damit stellen wir die Weichen, um gemeinsam mit den Ländern wichtige Verbesserungen in unserem Land zu erreichen.

Wir wollen dazu beitragen, dass die Digitalisierung entschieden vorangebracht wird - insbesondere in den Schulen.

Gleichzeitig wollen mit unserem Beitrag zum sozialen Wohnungsbau be-

zahlbaren Wohnraum in Deutschland schaffen. Und wir wollen nachhaltigen Verkehr in den Kommunen stärken.

Herzliche Grüße

Ihr

Diese Woche:

Seite 2:

Mythen rund um den
Migrationspakt entzaubern



Seite 3:

Plenum der Woche



Seite 4

Bundestag aktuell





Mythen rund um den Migrationspakt

Lindholz: „Migration ist und bleibt ein globales Problem“

Der UN-Migrationspakt, der Mitte Dezember in Marrakesch beschlossen werden soll, ist eine Möglichkeit, Zuwanderung zu begrenzen, zu regeln und zu steuern. Der Entschließungsantrag stellt zudem einige Dinge klar, die auf Kritik auch in der Unionsfraktion gestoßen waren. Insbesondere stellt er einige Unklarheiten und Mythen richtig. Unter anderem heißt es darin: „Die nationale Souveränität Deutschlands steht nicht zur Disposition. Er begründet auch keinerlei einklagbaren Rechte und Pflichten.“



Foto: Tobias Koch

Der Bundestag hat am Donnerstag einen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Globalen Migrationspakt („Global compact for safe orderly and regular migration“) zugestimmt. Damit habe das Parlament, so Andrea Lindholz, Vorsitzende des Innenausschusses, seine Erwartungen, die mit diesem Pakt verbunden sind, formuliert.

„Wir verfolgen ein klares Ziel und das heißt Migration ordnen, steuern, begrenzen und dieser Pakt kann uns dabei auf internationaler Ebene auch helfen“, betonte Lindholz.

Es sei bekannt, dass ein Teil der Bevölkerung beunruhigt sei und ein Stück weit Vertrauen in die Migrationspolitik verloren gegangen sei.

Man nehme die Bedenken ernst und habe darauf reagiert. Seit 2015 zeige Deutschland mit verschiedenen Maßnahmen kontinuierlich, dass man sich den Herausforderungen stelle. Die Asylzahlen sinken seither fortwährend.

„Wir haben auf nationaler Ebene viel getan aber Migration ist und bleibt ein globales Phänomen, das man auch nur global und nicht national lösen kann“, sagte Lindholz. Dieser Pakt schaffe erstmals einen unverbindlichen Rahmen, der eine internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik dokumentiert. „Wir wollen ganz klar auch bei uns die Trennung von legaler und illegaler Migration, wir wollen, dass andere Staaten ihren Bürgern Pässe ausstellen und sie zurücknehmen, wir wollen das Schleusertum bekämpfen, die Fluchtursachen beheben, wir wollen, dass andere Länder besser sind bei der Arbeitsmigration und auch mehr Verantwortung für die Migration übernehmen“, erläuterte Andrea Lindholz.

[Mehr zum Migrationspakt finden Sie hier](#)



Diese Woche im Bundestag

Konflikt zwischen Moskau und Kiew

Die gegenwärtigen Spannungen zwischen Russland und der Ukraine im Asowschen Meer bedürfen dringend einer Deeskalation. Darum bemüht sich die Bundeskanzlerin. Sie setzt sich wie kein anderer Politiker dafür ein, dass die Ukraine ihren Weg hin zu einem modernen demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlich starken Land gehen kann, das ein enger Partner von EU und NATO ist. Im Übrigen ist die Rechtslage eindeutig, das Asowsche Meer ist kein Binnengewässer Russlands und die Ukraine muss Zugang zu ihren dortigen Häfen haben. Die Meerenge ist kein russisches Hoheitsgewässer. Derzeit hält sich die EU mit neuen Sanktionen noch zurück.

Orientierungsdebatte zur Organspende

Immer weniger Menschen entscheiden sich dazu, ihre Organe zu spenden. Über 10.000 Menschen warten in Deutschland auf ein Spenderorgan. Wir werden die ethisch schwierig zu beantwortende Frage debattieren, wie man zu mehr Organspenden kommt.

In einer Orientierungsdebatte des Bundestages am Mittwoch diskutierten Abgeordnete um den richtigen Weg, die Spendenbereitschaft zu erhöhen. Es gibt auf der einen Seite diejenigen, die zu einer Widerspruchslösung kommen wollen. Auf der anderen Seite gibt es viele, die sich Sorgen machen und Ängste haben vor einer Organentnahme nach ihrem Tod ohne ausdrückliche Zustimmung. In einer ersten Debatte beginnen wir die Suche nach dem besten Weg zur Lösung dieses Problems.

Rede zur Änderung des Grundgesetzes :

Nach intensiven Beratungen haben wir in dieser Woche in 2. und 3. Lesung eine wichtige Änderung zum Grundgesetz beschlossen. Damit schaffen wir die verfassungsrechtliche Grundlage dafür, dass der Bund den Ländern und Kommunen für ihre Schulen Finanzhilfen zur Verfügung stellen kann.

Wie viel dies ist, entscheidet jeweils der Haushaltsgesetzgeber. In der Koalition sind wir uns einig, dass wir für den Digitalpakt Schule auf dieser verfassungsrechtlichen Grundlage insgesamt in den nächsten fünf Jahren 5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.



Gesetz zur Stärkung der Chancen für Qualifizierung und für mehr Schutz in der Arbeitslosenversicherung

In zweiter und dritter Lesung haben wir am Donnerstag einen Gesetzentwurf zum Ausbau der Weiterbildungsförderung für Arbeitnehmer beschlossen. Es geht insbesondere darum, denjenigen Beschäftigten die Fortentwicklung ihrer beruflichen Kompetenzen zu ermöglichen, die durch fortschreitende Automatisierung vom Strukturwandel betroffen sind. Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt gestaffelt nach Betriebsgröße Teile der Weiterbildungskosten und gibt Zuschüsse zum Arbeitsentgelt; den Rest finanziert der Arbeitgeber. Des Weiteren wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zur Entlastung von Beschäftigten und Arbeitgebern zum 1. Januar 2019 von 3,0 Prozent insgesamt um 0,5 auf 2,5 Prozent gesenkt.

Faktencheck Familie, Renten und Mieter:

Was hat die Große Koalition erreicht?

Bilanz nach sieben Monaten

Förderung von Familien und mehr Stellen in der Pflege, Investitionen in die Infrastruktur und bessere Steuerung der Zuwanderung, Stärkung der Bundespolizei und Einführung der Brückenteilzeit, Erhöhung der Mütterrente und Entlastung bei den Krankenversicherungsbeiträgen: Die Koalition hat in den vergangenen Monaten zahlreiche Projekte beschlossen oder auf den Weg gebracht, die den Menschen in Deutschland ganz konkret zugutekommen.

Ein Schwerpunkt dieser Wahlperiode liegt auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Förderung von Familien. Das Baukindergeld erleichtert ihnen den Weg zu den eigenen vier Wänden und wird bereits sehr gut angenommen. Hinzu kommen die Erhöhungen von Kindergeld und Kinderfreibetrag und die Förderung von Kitas, für die der Bund in den nächsten Jahren 5,5 Milliarden Euro ausgeben wird. Hier, aber auch bei vielen anderen Themen gilt: die Koalition leistet gute Arbeit im Interesse der Menschen.

Sozialer Ausgleich für den Wohnungsmarkt

Zum Mietrechtsanpassungsgesetz erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Dr. Volker Ullrich, MdB:

„Künftig schützen die bundesweite Begrenzung der Modernisierungsumlage auf acht Prozent, die Kappung der Modernisierungskosten bei zwei bzw. drei Euro pro Quadratmeter sowie die Sanktion des missbräuchlichen Herausmodernisierens die Mieterinnen und Mieter vor einem ungezügelter Anstieg der Miete. Durch umfassende Auskunftspflichten des Vermieters schaffen wir außerdem mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt. Wir ebnen damit den Weg für die Einführung eines qualifizierten Mietspiegels im kommenden Jahr. Gleichzeitig führen wir das vereinfachte Verfahren zugunsten von Kleinvermietern ein. Für Wohnprojekte von sozialen Trägern gilt künftig der soziale Kündigungsschutz und nicht das gewerbliche Kündigungsrecht.“

Weihnachtsgrüße für die Soldatinnen und Soldaten, die im Auslandseinsatz



Nahezu 3.500 Bundeswehrgoldaten/innen beteiligen sich derzeit an Einsätzen im Ausland und können das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Familie verbringen. Jedes Jahr unterstütze ich als Zeichen der Verbundenheit die Aktion mit meiner Unterschrift auf den gelben Bändern. Weihnachtsgrüße für die Soldatinnen und Soldaten, die im Auslandseinsatz sind - weit weg von Heimat und ihren Familien.

Wir denken an Euch und hoffen, Ihr kommt bald unverseht zu Euren Lieben zurück

Entwicklungs- und Klimapolitik gehören zusammen

Zum Start der „Allianz für Entwicklung und Klima“ erklärt der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volkmar Klein: „Die Unionsfraktion begrüßt es sehr, dass sich bereits 70 Unternehmen der ‚Allianz für Entwicklung und Klima‘ angeschlossen haben, die Bundesminister Gerd Müller ins Leben gerufen hat. Die global vereinbarten Klimaziele können wir nur erreichen, wenn Entwicklung in armen Ländern nicht automatisch mehr CO²-Ausstoß bedeutet. Viele Unternehmen, aber auch Institutionen und Privatpersonen, wollen ihren Teil dazu beitragen, die Klimabilanz zu verbessern. Ein Weg ist es, selbst den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken oder zu vermeiden. Hier eröffnet die Allianz die Möglichkeit für ein Engagement. Unternehmen können sich im Rahmen der Allianz mit Kompensationsanbietern und Projektentwicklern vernetzen. Dieser Ansatz ist auch deshalb richtig, weil insbesondere in weniger entwickelten Ländern häufig mit verhältnismäßig geringen Mitteln hohe Einsparquoten bei Treibhausgasen erzielen lassen“



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de